

richt, reif, ungen, erich, eine, ben:, und, rger, ddr:, in, ein, 5,53, Ab, Firm, fdr, fdr, able, fdr, tag:, fdr, 28, und, 3,30, äten, fdr, mit, ein, 2,70, Uhr, 180, 1f., der, ort, von, Ge, lie, 78, ge, ust, ges, ab, iter, dem, ric, ine, tig, Der, int, an, Die, n, De, tel, th, ge, der, des, für, and, sig,

Erscheint in Leipzig
Mittwoch, Freitag, Sonntag.
Wochenpreis
für zwei Quartale 1 M. 60 Pf. pro
Quartal.
Monats-Abonnement
werden bei allen deutschen Postämtern
auf den 1. und 3. Monat, und auf den
3. Monat halbjährlich angenommen; im
Wohnort des Lesers und sonstigen
Wohnort auch auf den 1. und 3. Monat
des Quartals à 54 Pfg.
Inserate
best. Veranlassungen in der Zeitungs-
best. Privatangelegenheiten und Stelle
Zeitungs- 30 Pf.

Vorwärts

Verstellungen
nehmen an alle Postämtern und Post-
bestellungen des 3. u. 4. Quartals.
Pital-Expeditionen.
New-York: Cos. Demer. Wrasen-
markt, 134 Kildridge Str.
Philadelphia: E. G. 603, 600 North
3rd Street.
J. Bell, 1129 Charlotte Str.
Boston: N. J. J. H. Gage, 215 Wash-
ington Str.
Chicago: H. Gansmann, 74 Clyburne Ave.
San Francisco: J. G. 418 O'Farrell Str.
London: W. J. G. Gage, 8 New Str.
Golden Square.

Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 99. Freitag, 24. August. 1877.

Der Sozialismus in der „Kölnischen Zeitung“.

II.

Das Jugeständnis, welches die „Kölnische Zeitung“, dieses bedeutendste Bourgeoisorgan Deutschlands, dem Sozialismus macht, indem es ausführt, daß ein Expropriationsgesetz geschaffen werden soll, welches dem Staate ermöglicht, „allen für das allgemeine Wohl nötigen Wald anzukaufen“, dies Jugeständnis ist seiner Konsequenzen wegen von so großer Bedeutung, daß wir zu Ende unseres Artikels in voriger Nummer des „Vorwärts“ gewiß berechtigt waren zu rufen: „Bravo! dreimal Bravo!“

Niemand wird leugnen, daß die schlechte Verwaltung des Waldes ein Land in unabsehbares Elend stürzen kann; das einst so blühende Spanien kann berechnetes Zeugnis davon ablegen. Die beste Regierung bringt jenes Land wieder auf die Beine, wenigstens nicht eher, bis Jahrhunderte die Sünden des Waldfrevels wieder gut gemacht haben. Aber auch Südrussland steht an der Grenze — noch einige Schritte in der Waldverwüstung weiter und es tritt Unfruchtbarkeit dort ein, wo jetzt noch der Ernteseegen ein so großer ist. Außerdem aber leidet das Volk in familiärer Hinsicht überall da, wo der Wald mit seinem erfrischenden Hauche fehlt.

Jede Staatsverwaltung ist deshalb berechtigt, ja verpflichtet im Interesse der Gesamtheit „für das allgemeine Wohl“ — um uns mit den Worten der „Kölnischen Zeitung“ auszudrücken — den Wald zu hegen und zu pflegen, sie ist berechtigt, da dieses hegen und pflegen in der Gesellschaft der freien Konkurrenz bei den Privatwäldern nicht geschieht, den Privatbesitz an Wald aufzuheben, und den Wald, soweit es zum Wohle der Gesamtheit ist, in Staatsbesitz umzuwandeln.

Das Postwesen beispielsweise ist schon Staatsbesitz, weil das Wohl der Gesamtheit durch den Privatbetrieb der Post nicht gefördert werden kann. Das Eisenbahnwesen soll Staatsbesitz werden und zwar aus denselben Gründen, da unzweifelhaft Herr v. Bismarck eine rasche und geregelte Beförderung von Truppen im Kriege und eine große Einnahme des Reiches durch die Eisenbahnen für das Gemeinwohl förderlich erachtet. Wenn wir nun auch diese Gründe nicht billigen, so sind wir doch im Prinzip selbstverständlich für die Uebernahme aller Privatbahnen durch den Staat, weil dann dem Interesse der Gesamtheit durch gleiche Tarife, durch billigere Personenbeförderung, durch schnellere und geregeltere Fracht- und Personenbeförderung wenigstens gebiet werden könnte.

Doch man kann unmöglich auf halbem Wege stehen bleiben.

Sehen wir die unendliche großen wogenden Lehrengefilde an, gedenken wir der Hülle und Jülle von Brod, welche die Mutter Erde, ein Jahr weniger, ein Jahr mehr, bietet und erblicken wir neben diesem großen Segen die ebenso große Armut und die furchtbare Noth, hören wir den Jammerruf nach Brod trotz der gewaltigen Fülle an diesem Nahrungsmittel, so können wir nicht begreifen, daß dem Staate verwehrt sein soll, auch den Grund und Boden aus dem Privatbesitz in den Staatsbesitz überzuführen, die Bodenrente und den Kornwucher aufzuheben, soweit es dem allgemeinen Wohle dient.

Wer A gesagt hat, muß auch B sagen.

Und wenn man sieht, wie viele Paläste und Herrengebäude leer stehen, wie aber in elenden Lehmhütten auf dem Lande, in Kellern und unter den Dächern in den Städten die Volkskraft dahinsiecht, wenn man weiß, daß die ansteckenden Krankheiten, welche doch der Allgemeinheit bestimmt schädlich sind, gerade in den schlechten Wohnungen der großen Mehrzahl des Volkes ihre Brutstätten finden, wer wagt es dann zu bestreiten, daß der Staat nicht die Pflicht habe, den Boden zu expropriiren, auf welchem Wohnungen stehen, und diese mit, auf daß „für das allgemeine Wohl“ dem Wohnungselende ein Ende gemacht werde?

Wer aber B gesagt hat, muß auch C sagen.

Erblickt man das Proletariat in den Fabriken, sieht man die bleichen, hohlhängigen Weber im Erzgebirge, liest man, daß der Hungertyphus unter ihnen wüthet, weil sie keine Arbeit, oder doch keine lohnende Arbeit haben, erblickt man aber als Gegen-
satz den Grundbesitzer, den Wucher, die Leppigkeit und den Uebermuth einiger weniger reicher Menschen, wer wird zu läugnen wagen, daß des Staates Pflicht ist, auch die Fabriken, die Arbeitsinstrumente aus dem Privatbesitz, in welchem sie so viel Unfug anrichten, in den Staatsbesitz zu bringen?

Daß aber der Staat dann auch die genügende Organisation zur Erfüllung neuer und so hoher Aufgaben einrichten müßte, ist selbstverständlich.

Und dazu brauchte der heutige Staat in erster Linie selbst eine andere, bessere Organisation. Er müßte sein militärisches und bürokratisches Gewand ausziehen und im ächten schlichten Volkskleide einhergehen.

Die Erziehung der Staatsangehörigen müßte darauf gerichtet werden, daß alle Bevormundung, aber auch aller Egoismus aufhöre.

Militarismus, Bevormundung, Ausbeutung — Säbel, Fiaar und Geldsack — diese drei bösen Elemente hätte der Staat zu bekämpfen und zwar durch das Volk selbst, durch die Aufklärung des Volkes.

Da der heutige Staat aber allzusehr in den Fesseln obiger volksfeindlicher Elemente sich befindet und sie nicht abzuschütteln vermag, so wollen wir, so wird der Sozialismus die Erkenntnis unter das Volk schleudern, auf daß dieses selbst das Erlösungswerk beginne.

Derartige Erkenntnis aber hilft selbst die „Kölnische Zeitung“ verbreiten, wie der von uns besprochene Artikel beweiset. Er-

halten wir auf solche Weise von allen Seiten, wenn auch manch-
mal nur unfreiwillige Hilfe, so kann der endgültige Sieg unserer Sache, der Sache der Menschheit nicht mehr fern sein.

Nachschrift zum New Yorker Bericht vom großen Strike.

New-York, 3. August 1877.

Der große Strike und was damit zusammenhängt, ist beendet, aber nicht ohne hier und da nochmals aufzulodern. In Chicago war es den Bemühungen der Arbeiterpartei bereits gelungen, die Bewegung von Gewaltthaten ab- und in ein ruhiges Bett zu lenken. Eine Versammlung von wohl 15000 Arbeitern, bei welcher kein einziger Polizist sich sehen ließ, weil die Executive der Arbeiterpartei in diesem Falle für die Ruhe verbürgt hatte, war das Mittel dazu; sie verlief erfolgreich, indem sie vor Gewaltthaten warnte und zur Partei- und Gewerksorganisationsarbeit mahnte. Dabei mochte sich die dort herrschende Gaunerbande unheimlich fühlen, sie brauchte einen blutigen Aufstand, um ihre Macht in der Unterdrückung desselben zu zeigen, weil sie mittlerweile einige Bundesstruppen zur Verfügung erhalten hatte. Am nächsten Tage knüppelte die Polizei muthwillig jede Ansammlung von Menschen in der Strafe nieder, darunter auch eine schwache Versammlung, welche von dem Sekretär der Executive der Arbeiterpartei, von Patten, angetrieben wurde, beschwor künstlich Straßenkämpfe heraus und telegraphirte darüber haarsträubende Berichte in die Welt hinaus, welche ungemein übertrieben waren und Tags darauf widerrufen werden mußten. Wieder einen Tag später verhängte sie eine Art Kriegszustand und verbot alle Versammlungen, und in der Vorwärts-Turnhalle, wo eine Versammlung der Gewerkschafts-Delegaten sich eben zerstreut hatte, und nur noch etwa 200 Mitglieder der Tischler-Gewerkschaft (meist Deutsche) etwa und im Begriff waren, sich zu zerstreuen, drang eine Rote Polizei mit Pistolen-schüssen ein, welche sofort ein Mitglied, Lehmann, tödteten, andere schwer, viele leicht verwundeten, und trieben die Anwesenden, welche sich nicht widersehten, mit Knüttelstößen davon.

In St. Louis verfuhr die Polizei in dem Maße, wie die Arbeiterbewegung in ein ruhiges Ozean lenkte, um so übermüthiger und verhasstere eine beratende Delegatenversammlung der Partei und der Gewerkschaften. In Cincinnati und Milwaukee war der Ausstand der Bahnbediensteten von vornherein erfolgreich, theils weil die Bahnverwalter ihren Beschwerden Abhilfe versprachen, theils weil die Arbeiterpartei schon zahlreich genug ist, um durch sofortiges Einschreiten die Vermittler zwischen Arbeitgeber und Arbeitern spielen zu können; hier kam es nirgends zu eigentlichen Ruhestörungen. In Pittsburg, wo unsere Partei noch schwach und einflusslos ist, und wo im engen Umkreise an hunderttausend der rüstigsten Eisen- und Kohlenarbeiter, theils unter geheimer, theils unter gar keiner Organisation eine stehende Verschwörung gegen die Monopole bilden, scheint die Arbeiterpartei gar keine Rolle gespielt zu haben, weshalb hier auch das Unheil am größten ausfiel. In Philadelphia, wo unsere Partei ebenfalls keine Rolle gespielt hat, obwohl sie es etwas spät versuchte, kamen die unndthigen, bei den Haaren herbeigezogenen Uebergriffe der Polizei erst vor, als aller Ausstand längst zu Ende war, und scheinen künstlich veranlaßt worden zu sein. In Baltimore herrschte Kriegszustand und es sind alle Versammlungen unterlag. New-York, das Hauptquartier der Bourgeoisie, ist natürlich zu stark von Miliz, Polizei und Bundesstruppen überwacht, um einen größeren Strike zu gestatten; die sehr ansehnliche Sympathie-Versammlung vom 25. Juli verlief zwar ungestört, beim Nachhausegehen aber wurde ein dichtes Menschengewühl von der Polizei für eine (verbotene) Prozession angesehen und mit gewohnter Brutalität zusammengeknüpelt. Die noch andauernde Spaltung unserer Partei in der Stadt New-York verhindert fast jedes Eingreifen derselben und jede Benutzung der Volksstimmung zu Zwecken der Organisations- und Agitation.

Im Uebrigen mögen noch Wochen vergehen, bis eine richtige geschichtliche Darstellung dieser neuesten Volksbewegung geschrieben werden kann, ja vielleicht kann das bei der großen Ausdehnung derselben überhaupt nicht vollständig geschehen. Es kommt auch wenig darauf an, daß dies geschieht. Die Hauptsache ist, daß das gesammte amerikanische Volk eine zwar sehr theuer, aber doch noch billig genug erkaufte Lehre erhalten hat, diese nämlich, daß es auch hierzulande „eine soziale Frage gibt“, und zwar eine weniger der Ausdehnung als ihrer verzweifeltsten Zustände willen in gewohnter Weise nicht lösbar; daß diese soziale Frage jedem Menschen im Lande auf den Leib rücken kann, wenn „der Mann der Arbeit alle Räder zum Stillstehen bringt“, und die Lebensmittel ausgehen, aller Verkehr stockt und hier und da „der Tiger entseffelt wird“; daß diese soziale Frage, welche so gestilltlich todtschwiegen worden ist, jetzt auf der Tagesordnung bleiben muß, bis sie endgültig gelöst ist, und daß unsere Partei und ihre Ziele auf einmal überall besprochen werden — wenn auch um so stümperhafter von allen Gegnern, je mehr die Volksaufregung sich wieder legt.

Sozialpolitische Uebersicht.

— Zur Affaire Böhmer in Chemnitz. In voriger Nummer berichteten wir, daß Herr Gerichtsassessor Böhmer, der große Sozialistenfeind in Chemnitz, der mit wahrhaft erschreckender Energie gegen die „Verbrecher am Eigentum“ vorgegangen ist, wegen Unterschlagung, wegen wirklichen Verbrechens am Eigentum, wegen Eigentumsverbrechen ohne Gänsefüßchen zu zwei Jahren Zuchthaus verurtheilt worden ist. Unsere politischen

Gegner, die immer einen Aufsprung vor Freude machen, wenn ein Sozialdemokrat eingesperrt wird, oder die, wenn sie etwas klüger sind, die Einsperrung zu bebauern vorgeben, aber nur deshalb, weil dadurch ein Märtyrertum und Propaganda für die Sozialdemokratie geschaffen wird, alle diese Gegner glauben wohl, daß wir uns über die Beurtheilung unseres Gegners, des p. p. Böhmer freuen. Mit nichten! Wir wollen auch nicht einmal den Wig machen, daß wir in Böhmer einen unfreiwilligen, tüchtigen Agitator verloren haben, nein, wir bebauern aufrichtig den Mann. Wir wissen nämlich, daß derselbe aus Noth, aus purer Noth Sozialistenverfolger gewesen ist! Da lesen wir folgende Notiz, welche durch verschiedene sächsische Blätter verschiedener Parteien geht:

„Die Vergehungen des Assessors Böhmer in Chemnitz bestehen darin, daß er von der Sportklasse sich Diäten und Reisekosten auszahlen ließ, ohne daß er wirklich amtliche Reisen gemacht hatte. Die Schädigung ist keine große und betrifft glücklicherweise keine Privatpersonen. Böhmer besitzt kein Vermögen und hatte schon bei Ablegung seines Examens Frau und Kinder. Bei den Gehältern für unsere Justizbeamten ist aber leider die Nothwendigkeit, Geld zuzusehen, in hohem Grade vorhanden.“

Also Noth: Nahrungs- und Erziehungsorgen! — Böhmer wachte nun, daß diejenigen Beamten bei ihrer Vorgesehten gut angezogen sind, welche sich in hervorragender Weise gegen die Sozialdemokraten hervorthun, er wurde ein „Streber“, um rasch befördert zu werden und so aus der Noth herauszukommen. Auch glaubte er, daß die Controle desto geringer sein werde, je eifriger er als Beamter, besonders dem „Sozialistenfeind“ gegenüber seine „Schuldigkeit“ thue, deshalb wagte er die Unterschlagung — doch Alles hat ihm nichts genützt — die Noth, der Bedarf wurde immer größer und einmal auf der schiefen Ebene — ist er ins Zuchthaus gekommen, er, der so viele unserer Genossen zu Gefängnis verurtheilt ließ. Ein merkwürdiges Verhängnis! Aus Noth verfolgte der Aermste diejenigen, welche die Noth aus der Welt schaffen wollten, seine besten uneigen-nützigsten Freunde. Assessor Böhmer ist — ganz abgesehen von seiner Charakterchwäche — den traurigen gesellschaftlichen Zuständen, unter denen besonders die Beamtenwelt leidet, zum Opfer gefallen.

Der Sozialistenfresser Professor Böhmer kann an dem Sozialistenfresser Assessor Böhmer viel lernen, nämlich: die gesellschaftlichen Verhältnisse richtig beurtheilen.

— Aus Straßburg vom 18. August erhalten wir folgende interessante Zuschrift:

„Vor einigen Wochen wurde hier ein Hauptmann des 25. Regiments zu zwei Monaten Festungsstrafe verurtheilt, weil er seine Soldaten gewohnheitsgemäß in größter Weise geschimpft und geschlagen hatte. Ein Lieutenant seiner eigenen Compagnie, der wahrscheinlich noch nicht genug abgehärtet war, dies mit ansehen zu können, hat den Hauptmann nicht etwa heimlich denunzirt, sondern vorschriftsmäßig auf dem Dienstwege gemeldet. Jedermann wird zugestehen müssen, daß dies nicht nur ehrlich, sondern sogar muthig gehandelt war, denn es gehört wahrhaftig Muth dazu, wenn ein Offizier es wagt, seinen Vorgesetzten anzuzeigen wegen eines Vergehens, das ja mehr oder weniger von einer großen Zahl seiner Kameraden verübt wird. Der betreffende Lieutenant fühlte auch bereits die Folgen seines „unerhörten“ Schrittes. Er ist sozusagen moralisch aus dem Offiziersverbande ausgestoßen. Die Kameraden meiden ihn, wo er erscheint verstimmt das Gespräch und einer nach dem andern verläßt das Lokal. Daß dieser Offizier nicht mehr lange dem Militärverbande angehören wird, gilt allgemein als selbstverständlich, obwohl er sonst als durchaus tüchtiger und sehr gebildeter Offizier bekannt ist. Welcher Offizier würde es nach solchem Beispiele jemals wieder wagen, rohe Ausschreitungen Vorgesetzter gegen Untergebene zur Anzeige zu bringen? Oder wie würde es gar einem Soldaten oder Unteroffizier ergehen, der sich zu Schulden kommen ließe, gegen barbarische Behandlung den Dienstweg zu betreten? — Hunderte von Thatfachen der empörendsten Mißhandlungen sind zu berichten, doch wozu würde es nützen? Man würde nur immer sich auf das Geseh berufen, welches Mißhandlung der Soldaten verbietet und, wo sie zur Anzeige kommt, sie bestrafen. Aber die Angst vor den Folgen einer Anzeige ist so groß, daß nur in ganz seltenen Fällen von diesem Gesehe Gebrauch gemacht wird und den Herren Offizieren das subline Vorrecht, ihre wehrlosen Nebenmenschen körperlich zu züchtigen, ungeschmäkelt verbleibt.“

Wir wollen diesem Schreiben nur hinzufügen, daß es bezeichnend für die betreffenden Herren Offiziere ist, daß sie einer edlen That mit „Verachtung“ begegnen. Danach ist anzunehmen, daß der Hauptmann, welcher gewohnheitsmäßig seine Untergebenen gequält hat, nach verbüßter Strafe mit Jubel und Achtung von seinen Kameraden empfangen werden wird. Ein bedenkliches Zeichen für den Bildungsgrad der betreffenden Offiziere.

— Eine höchst bezeichnende Nachricht bringt die „Kölnische Zeitung“; dieselbe läßt sich nämlich aus Constantinopel vom 16. August folgendes telegraphiren:

„Man erzählt sich hier in diplomatischen Kreisen, Sadullah Bey habe aus Berlin an die Pforte telegraphirt, daß seine Vorstellungen über die russischen Grenel von dem Berliner Kabinett höchst ungünstig aufgenommen worden seien, ferner daß auf der Kaiserzusammenkunft in Jschl Kaiser Wilhelm das Drei-Kaiser-Bündnis betont und auf Oesterreichs Eintritt in die Aktion gegen die Türkei gedrungen habe, weil die Pforte selbst den Fanatismus der Paschibozugs

schüre und beiderseits unabsehbare Creuel bevorstehen. Ich möchte freilich keine Gewähr für die Richtigkeit der Bemerkungen Sadullah's übernehmen. Die Diplomaten in Constantinopel rathen den Colonisten zur Abreise, weil die hier ankommenden fremden Stationschiffe nur für die Botenposten ausreichen."

Danach sind unsere in dem Leitartikel: "Das Bündniß der drei Großmächte" in Nr. 94 des "Vorwärts" ausgesprochenen Ansichten gewiß zu beachten. Aus "indirekten" Gründen wollen wir an obige Depesche keine weiteren Ausführungen knüpfen.

Ueber die Wirkungen der wirtschaftlichen Krisis äußert sich die niederbayerische Gewerbe- und Handelskammer in ihrer Vorrede zu dem Bericht für das Jahr 1876 folgendermaßen:

"Wir sprechen es unverhohlen aus, daß wir nunmehr der Ueberzeugung sind, den Kulminationspunkt der Krisis überschritten zu haben und einer gesunden Neugestaltung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse entgegenzugehen. Vorerst ist freilich der Umschwung in den Geschäftsverhältnissen kaum noch merklich; aber einzelne Symptome sprechen doch unzweifelhaft dafür, daß nunmehr nach den furchtbaren Prüfungen, welche der Ueberseelungsperiode folgten, geordnete Zustände wiederkehren. Die letzten Jahre, die der wirtschaftlichen Krisis unmittelbar vorangingen, werden zwar sobald nicht wiederkommen, aber dies ist im Interesse der ruhigen Entwicklung kaum zu beklagen. Vergleiche mit der Leichtleblichkeit, die bis noch vor kurzem herrschte, mit der allmählig sich geltend machenden Sparsamkeit, die allein nur als Basis des wirtschaftlichen Aufschwungs betrachtet werden kann, so kann man es nur mit Befriedigung begrüßen, wenn eine ernste Auffassung aller Consumtionsverhältnisse Platz greift. In dieser Beziehung hat die wirtschaftliche Krisis ohne Zweifel sehr viel gethan. Man hat in ihr gelernt, daß vorübergehend hohe Gewinne nicht ungefragt als Basis einer dauernden Erhöhung des Consums angesehen werden dürfen. Es dürfte denn auch der geringere Absatz in so manchem Geschäftszweige nicht bloß auf die Noth des Augenblicks, sondern auf eine, und wir wollen hoffen, dauernde Umwälzung in den Lebensgewohnheiten der Bevölkerung zurückzuführen sein. Ist aber dies der Fall, dann liegt darin auch die Gewähr dafür, daß die einmal hervorgetretene Erholung, der beginnende Aufschwung der Geschäfte für die Zukunft auf sicherer Grundlage ruhen wird, als dies bisher der Fall war."

Wir denken nun nicht so optimistisch, wie die niederbayerische Handelskammer, und vor allen Dingen glauben wir an keinen ernstlichen Aufschwung, bevor die Kriegswolken nicht völlig verzogen sind. — Wenn die niederbayerische Handelskammer die frühere Leichtleblichkeit und die jetzige Sparsamkeit auf die herrschenden Klassen anwendet und hofft, daß diese Sparsamkeit und die daraus resultierende größere Thätigkeit und Umsicht von günstiger Einwirkung auf die Produktions- und Consumtionsverhältnisse sein würde, so haben wir nichts dagegen zu erinnern. Dehnt aber die p. p. Handelskammer diese ihre Ansicht auch auf die arbeitenden Klassen, auf die große Masse des Volks aus, was aus dem Artikel nicht genau zu ersehen ist, so müssen wir doch entschieden dagegen protestieren, weil nicht größere Sparsamkeit, sondern nackte Noth eingetreten ist und weil die Verlängerung solcher "Sparsamkeit" nicht allein das Volk verderbt, sondern die Produktion immer und immer mehr lähmt. Das aber ohne Umänderung der Produktionsweise die Produktion niemals dauernd auf sicherer Grundlage ruhen wird, dafür sorgt der individuelle Trieb des Menschen, der allzu stark auf Aumerion gerichtet ist.

— O welches Glück — Postbeamter zu sein! Herr Stephan sorgt bekanntlich auf's Eifrigste für das Wohl seiner 60 (oder 40)000. Wie warm sein Herz für dieselben schlägt, das beweisen seine Reichstagsreden und nachstehender Bericht des "Neuen Berliner Tageblatts":

"Einem Berliner Postsekretär wird auf das Zeugniß eines der geachteten Aerzte Berlins, dahingehend, daß er selber ein sechswochentlicher Urlaub zum Besuch Lippzingers, und ein achtwochentlicher darauf folgender zu einem Aufenbalt in Friedrichshöhe gegeben werde, seitens des kaiserlichen Generalpostamts nur ein achtwochentlicher Urlaub bewilligt, welcher vorerst als ausreichend zu erachten sei. Der Arzt in Lippzinger, einer der bewährtesten Spezialisten auf dem Gebiete der Brustkrankheiten, findet nach fünfwochentlicher Kur, daß der Kranke in seinem Befinden noch keine Garantie für die Wiedererlangung einer dauernden Dienstfähigkeit bietet und bezeichnet deshalb die Verlängerung des achtwochentlichen Urlaubs um sechs Wochen als notwendig. Darauf erfolgte nachstehender Bescheid:

Berlin, 19. Juli 1876. Die kaiserliche Oberpostdirektion hat bisher nicht die Ueberzeugung zu gewinnen vermocht, daß Sie zur Wiederherstellung Ihrer Gesundheit neben einem achtwochentlichen Urlaub eines sechswochentlichen Nachurlaubs unbedingt bedürfen. Ihrem Gesuche vom 14. d. Mis. ist seitens der Oberpostdirektion keine Folge gegeben worden. Sie werden daher angewiesen, nach Ablauf des Ihnen bewilligten achtwochentlichen Urlaubs sich zum Dienstantritt hier zu melden. Kaiserliches Hofpostamt. Griesbach.

Der Lippzinger Arzt fragt mit Recht: Welche Garantien sind nun noch der Post-Behörde zu leisten, wenn ein musterhaftes Zeugniß des behandelnden Arztes, von einem Sanitätsbeamten unterstützt und von einem dritten Arzte wiederholt, nicht ausreichend ist, ihr die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit einer therapeutischen Maßregel beizubringen? Ein derartiges Verfahren kann sich der Beamte und das Publikum nur gefallen lassen, so lange es gesunde Menschen betrifft, an Kranken ausgeübt, ist es absolut unzulässig. Wenn die Postbehörde ihre Beamten so rasch und intensiv abmüht, daß Urlaubsgesuche in Masse einlaufen, wie thöricht ist es dann, die Urlaubsgesuche aus der Welt schaffen zu wollen, statt an die Ursachen derselben Hand anzulegen! Wir sind auch mit einem geringeren Ueberflusse des Postbudgets zufrieden, wenn wir uns vorstellen, daß ein größerer nur unter solchen Umständen zu erschwingen ist. — Ich weiß, was aus diesem Postsekretär geworden ist: er ist vor etwa vier Wochen an der Schwindsucht gestorben."

— Midhat Pascha hat sich in Paris über die gegenwärtige Lage der Türkei folgendermaßen geäußert: "Die Türken haben treffliche Stellungen inne, die sie gut zu verteidigen wissen. Die jüngsten Siege haben ihren Muth, ihre Widerstandskraft verdoppelt. Suleiman und Osman scheinen so mandovirt zu haben, daß man ihre Vereinigung in der Nähe von Tirnova sehr bald erwarten kann. Nach dieser Vereinigung werden die Russen in ein Dreieck, zwischen den Armeen dieser beiden Generale und der von Mehemed Ali mit der Donau im Rücken, eingeschlossen sein. Wenn die türkischen Truppen fortfahren, sie festen Fußes zu erwarten, und wenn die Russen, in der Ueberzeugung, aus dem Dreieck herauszukommen, jene auf der rechten und linken Seite angreifen, so müßten die Russen, um ernstliche Aussicht auf einen Erfolg zu haben, eine Alles niederschmetternde Uebermacht besitzen, die sich zu verschaffen und besonders zu ernähren ihnen aber schwer fallen wird. Wenn die türkischen Generale sich zu keinem lähnen Wagniß hinreizen lassen, wenn sie einfach Vortheile aus ihrer Stellung ziehen, so kann und muß der Krieg lange dauern. Die Russen zählten anfangs auf die Empörung der Bulgaren, dieselben waren aber elende Verwundete, wohl bereit, sich in Aufstand zu versetzen, aber so schwach und feige, daß ihre Unterstützung nichts werth war. Heute können unsere entmuthigten Feinde, wenn sie Erfolg haben sollen, nur noch langen Kraftanstrengungen den Sieg davon tragen. Es ist also wahrlich, daß der Feldzug nicht vor dem Winter beendet sein wird und alsdann bis zum Frühjahr eingestellt werden muß. Kann dieses aber von den Großmächten geduldet werden? Ganz Europa leidet durch diesen Krieg; die Geschäfte liegen darnieder; der Kampf, der schon ein schrecklicher, wird noch furchtbarer werden und seine Verlängerung muß aller Welt Abscheu einflößen, Rußland selbst würde durch seine Verlängerung zu viel auf das Spiel setzen; dieses kann man behaupten, ohne selbst auf gewisse, sehr wohl bekannte finanzielle Schwierigkeiten anzuspielen. Spricht man nicht schon von Aufregung in Polen? ... Alle Mächte, die kriegsführenden mit einbegriffen, haben also augenweckendes Interesse, eine diplomatische Aktion zu unterstützen, wenn der Krieg fortdauern sollte, wie die Ereignisse zwischen der Donau und dem Balkan voraussehen lassen."

— Des "Armen Conrad", des Kalenders der sozialistischen Arbeiterpartei für das Jahr 1878, haben wir schon Erwähnung gethan; derselbe ist jedenfalls die bedeutendste Kalendererscheinung in ganz Deutschland. Aber auch ein zweiter Kalender, der von sozialistischer Seite, von W. Braack in Braunschweig, herausgegeben wird — der "Volkskalender" — verdient ehrender Erwähnung. Während der "Armen Conrad" sich mehr für die fortgeschrittenen Parteigenossen und Arbeiter eignet, dürfte der Braack'sche "Volkskalender" besonders für die Landbevölkerung von großem Interesse sein. Der Inhalt ist äußerst reichhaltig, die zahlreichen Illustrationen sind gut ausgeführt und der Preis ist gering, Alles Eigenschaften, welche den Kalender begehrenswürdig machen.

die Sachen viel ruhiger und weniger gewaltsam abgelaufen sein, wären wir die Urheber der Bewegung.

Rein, es war der Uebermuth des Kapitals, die rücksichtslose Herrschaft des Verleerter, welche in den letzten Jahren so viele leichte Siege über die Arbeit davongetragen haben, es war der Versuch eines Ringes unserer größten Kapitalisten in Verbindung mit ihren erkaufte Politikern, der Versuch, das arbeitende Volk vollends mehrlos und unterwürdig zu machen, welche an dieser großen Bewegung Schuld sind. Der Ring der fünf großen Eisenbahn-Monopole, welche sich neuerdings zu einem eng verbundenen einzigen Monopole verschworen haben, hatte beschlossen, ihre Einnahmen durch Erhöhung aller Fracht- und Fahrpreise riesig zu steigern und noch mehr den Reingewinn durch Herabdrückung aller ihrer Lohnarbeiter zu Hungerlöhnen.

Die Volksmassen waren nicht so völlig in Vereinzelnung und Selbstsucht besungen, um die Gefahr daraus für jeden Arbeiter und Kleinbürger zu übersehen. Vertheuerung aller Lebensmittel, sinkende Kaufkraft aller Arbeiter, Verneuerung der Brodlosen durch Stöckung aller Geschäfte — diese Folgen mußten den Massen einleuchten. Das Kapital hatte allen Nichtkapitalisten und dem ganzen Mittelstande den Handschuh hingeworfen, und auf einmal war der Alprud der Rathlosigkeit abgeworfen. Widerstand gegen den frechen Uebergriff zunächst durch Unterstützung der zuerst bedrohten Eisenbahnarbeiter, dann aber auch gegen Alles, was dem Angreifer Kapital zu Hilfe kommen wollte — das war die natürliche Kampfweise, welche überall ohne lange Verabredung sich fast von selbst ergab.

Dieser Widerstand war allerdings ungesiegt. Nach der kapitalistischen Gesetzgebung und Anschauungsweise hat der Lohnarbeiter nur das Recht, einen zu niedrigen Lohn anzufordern — was unter heutigen Umständen so viel ist als verhungern — er handelt schon ungesiegt, wenn er Andere, die um den ausgeschlagenen Hungerlohn arbeiten wollen, mit mehr als Bitten davon abzubalten sucht, geschweige denn, wenn er das Geschäft der Kapitalisten zum Stöcken bringt. Die heutigen Gesetze sind im Interesse des Kapitals gemacht, und es wäre wunderbar, wenn der mit dem Hungertod bedrohte Arbeiter noch ein anderes Recht behielte, als das Armenhaus, Zuchthaus und den Selbstmord. Das Gesetz der Selbsterhaltung aber, welches jedem Menschen in die Brust gepflanzt ist, erweist sich vernünftiger,

— "Die rothe Fahne ist die Fahne des Aufstands" — so erklärte vor kurzem der Offenbacher Bürgermeister unserem Parteigenossen Ulrich, der die Erlaubniß um einen Festzug durch die Stadt nachsuchte und dem die Genehmigung mit obigen Worten verweigert wurde. Unsere dortigen Parteigenossen werden sich zu trösten wissen; sie werden die rothe Idee im Herzen tragen und dieselbe immer weiter verbreiten. Dadurch wird allerdings der Aufstand nicht in's Volk getragen, aber wohl die Revolution, das mag sich der Herr Bürgermeister merken. Die rothe Fahne ist nicht die Fahne des Aufstands, aber sie ist das Symbol der weltbefeindlichen Revolution des vierten Standes. Ob der Bürgermeister von Offenbach den Unterschied zwischen Aufstand und Revolution kennt — wir wissen es nicht; das ist aber auch seine Sache, wie es bei den heutigen Verhältnissen eines Jeden Sache allein ist, sich mindestens einen gewissen Grad von Bildung anzueignen.

— Kein Arbeiter! Höchst bezeichnend sind folgende Worte, welche dem Gerichtspräsidenten des Saarbrücker Zuchtpolizeigerichts bei der Verhandlung gegen die Genossen Kaulitz und Hackenberger entfallen sind. Als nämlich Kaulitz seinen Umgang mit den dortigen Arbeitern, den man ihm gemiffermaßen vorhielt, erklären wollte und mit "wir" fortfahren wollte, sagte der Präsident: Sprechen Sie von sich; Sie sind Sohn eines Beamten und sind Kaufmann, also kein Arbeiter! Wir citiren nach der liberalen "Saarbrücker Zeitung". — Also kein Arbeiter! Dann ist natürlich der Präsident des Gerichtshofes auch kein Arbeiter — dadurch werden die Arbeiter aber als ein besonderer Stand, als eine besondere Klasse hingestellt. Wir danken dem Gerichtspräsidenten für seine offene Erklärung; auch die Arbeiter danken ihm, daß er einen Beamten (den Sohn desselben, also auch den Vater), daß er einen Kaufmann als etwas Anderes, etwas Besseres hinstellt, als einen Arbeiter. — Wer predigt denn nun Klassengegensätze, Herr Gerichtspräsident, wir Sozialdemokraten oder Sie, Herr Beamter?

Aus Rumänien.

17. August 1877.

Es herrscht jetzt hier eine rege Geschäftigkeit, in einem fort kommen und gehen Truppen aller Waffengattungen nach dem Kriegsschauplatz, 8—10 Jäger mit Truppen und Munition werden täglich expedirt und das schon seit Anfang dieses Monats; nun werden noch die kaiserlichen Gardes erwartet und es kann da von neuem losgehen.

Die Zuversicht, die man Anfangs gehabt, hat jetzt einer sehr ängstlichen Vorsicht Platz gemacht, man bringt den Türken einen großen Respekt entgegen seit man gesehen, daß sie mit sich nicht sparen lassen und so wird es uns gar nicht wundern, wenn wir bei dem beständigen Rückwärtsverlegen des Hauptquartiers eines Tages zu hören bekommen, daß sich auch die Armee über die Donau hinüber concentrirt.

Die Rumänen beobachten schon jetzt die Vorsicht, nicht über die Donau zu marschiren, wenigstens sich nicht zu weit vor zu wagen, um nicht dann genöthigt zu werden, sich rückwärts nach daheim zu concentriren. —

Verwundeten Transporte kommen hier noch beständig durch, verschiedenartige Krankheiten herrschen in der Armee und auch die Civilbevölkerung leidet davon nicht verschont, hier haben die Aerzte bereits constatirt, daß die Cholera in bedeutendem Maße ihre Opfer fordert. — Die Ernte ist namentlich in Weizen und Roggen sehr gut ausgefallen, es mangelt aber an Leuten, sie vollständig hereinzubringen, sind doch die besten Kräfte unter die Fahnen gerufen, um "wichtigere" Arbeiten zu verrichten. Zwar giebt es für ein Ackerbau treibendes Land wie Rumänien es ausschließlich ist, ein Land, das gar keine Industrie hat und einzig und allein nur auf den Export seiner Naturprodukte angewiesen ist, nichts Wichtigeres als die Pflege des Landes und die Verwertung seiner Erzeugnisse, aber wenn man Großmacht spielen muß, dann freilich bedarf man der jungen Leute zu andern Dingen, zur Soldatenpielerei. —

Auch sonst will es mit dem Export von Getreide, das reichlich vorhanden ist, nicht recht vorwärts gehen, das ganze Bahnmaterial ist von den russischen Kulturkämpfern zu ihren Kulturzwecken in Anspruch genommen und die Güterbesitzer und Pächter, die schon seit langem auf dem Trocknen sitzen und ungeduldig die Exportzeit herbeigewünscht haben, müssen mit ihrer Waare sitzen bleiben, da sie sie nicht oder mit nur schwerer Mühe aus dem Lande bringen können.

Die Donauhäfen, wo der Hauptexport besorgt zu werden pflegt, sind geperert, die Bahn für den Handel nur in sehr be-

Was der große amerikanische Strife lehrt.

Das Erste, was der große Strife, und was damit zusammenhängt, lehrt, ist die Bestätigung des alten Sages: "Wen die Götter verderben wollen, den schlagen sie vorher mit Blindheit."

In moderner Sprache wird dieser Satz lauten müssen: Jedes herrschende Unrecht muß sich hauptsächlich selbst abschaffen, und zwar indem seine Vertheidiger es blind auf die Spitze treiben, wo es allen Halt verliert, indem die Gemüther der Mehrheit sich gegen seine unnatürlichen Folgen empören.

Unsere Leser wissen, wie oft wir unsere Verwunderung über die unmensliche Geduld der amerikanischen Arbeiterwelt ausgesprochen haben, mit welcher sie den Uebergriffen des Kapitals sich fügte. Diese Geduld zeigt sich auf einmal erschöpft. Wie mit einem Zauber Schlag erwacht über das ganze Land hin das arbeitende Volk und ruft: Bis hierher, Mißer Kapital, und nicht weiter! Wir Arbeiter haben auch noch ein Wörtchen mitzureden! Und von der Brust jedes Dulders fällt der schwere Stein der Entmuthigung; das Bewußtsein des Menschenthums, das Gesetz der Selbsterhaltung, der Entschluß zur Umkehr von einem Wege, der zum Abgrund führt, machen sich geltend. Es ist der Beginn einer wirklichen Revolution, den wir erleben — denn Revolution ist Alles, was eine große Massenänderung der Volksmassen zuwege bringt. Und obwohl wir Sozialdemokraten einigen Antheil an dieser Sinnesänderung haben, so mußte doch der eigentliche Anstoß dazu — wie noch immer in der bisherigen Weltgeschichte — von unseren übermächtigen Gegnern kommen. Sie müssen es sein, welche unserer bisher so schwachen Propaganda und Organisation den Nachdruck geben und sie ausbreiten helfen.

Es ist lächerlich, wenn die gegnerischen Zeitungen die Schuld an all der großen Bewegung des Augenblicks den Sozialdemokraten, den Gewerkevereinen und insbesondere dem Mr. Arthur, dem Vorpresidenten der Lokomotivführer Union, anführen. Jeder unter uns ist vielmehr erstaunt, aus kleinen Ursachen so große Wirkungen hervorgehen zu sehen. Jeder unter uns weiß, daß unsere Aufforderungen und Ermahnungen zwar viel mehr Eindrud auf die Arbeiter verdient hätten, aber doch sehr wenig gemacht haben, so wenig, daß wir uns nicht entfernt das Verdienst dieser großen Volksaufregung zuschreiben können. Auch würden

billiger, gerechter; und überall, wo es durch die in ihrem Rechte bedrohten Volksmassen spricht, handelt es auch mit Mäßigung und Billigkeit, so lange das willkürliche Gesetz ihm nicht seine rothe Gewalt entzogen hat. Und selbst dann begnügt sich die entfesselte und siegreiche Leidenschaft der Selbsterhaltung mit den Gewaltthaten des Augenblicks und lehrt bald zur Besinnung zurück.

Wenn die herrschenden Mächte sich's doch mit Flammenschrift in die Seele schreiben wollten, daß sie dem enterbten Arbeiter-volke nicht ungefragt jede gesetzliche Bekämpfung ihrer "gesetzlichen" Gewalt verwehren; daß das heilige Gesetz der Selbsterhaltung zuletzt immer des "gesetzlichen" Unrechts Herr wird selbst in dieser scheinheiligen Republik, und daß der einzige Weg, altes Unrecht der Gesellschaft in neue Ordnung friedlich abzuleiten, der von der Sozialdemokratie angebahnte wissenschaftliche Weg ist!

Es ist bisher noch nicht aufgeklärt, wer der eigentliche Urheber der wahnwitzigen Maßregel gewesen ist, Philadelphier Bürgermilitzen fast 400 Meilen weit nach Pittsburg zu schicken. Wir glauben, daß es der Eisenbahnkönig Thomas Scott gewesen ist. Gouverneur Hartranft war auf dem Wege nach Kalifornien über Utah hinausgekommen, und ehe er, der einzige Mensch im Staate Pennsylvanien, welcher das Recht der Einberufung von Militzen hat, die Maßregel telegraphisch verfügen konnte, waren die Philadelphier Bourgeois, Söhnen und Paradeduppen bereits in Pittsburg angelangt, hatten glücklich einige Duzend Unbewaffnete, Weiber, Kinder und Zuschauer getödtet und verwundet, ohne noch angegriffen zu sein, waren vom Volksaufstand befreit, entwaflnet und heimgeleuchtet worden, kurz, hatten die Revolution in's Leben gerufen. In Baltimore sucht sich ebenfalls Jedermann von der Verfügung der wahnwitzigen Maßregel reinzuwaschen, das große Feuerzeichen zur Versammlung aller Militzen gegeben zu haben. Sagen wir: Der kapitalistische Geist hat in beiden Fällen das Wunder vollbracht, ein übermächtig gesetz- und friedliebendes Volk zur Revolution zu treiben.

Wir nennen diese Maßregel wahnwitzig. Mit Recht, denn die gesammte bewaffnete Macht des Landes wäre nicht im Stande, eine wirkliche Volksbewegung zu unterdrücken, was ohne weiteren Beweis einleuchtet. Von dem Augenblicke an, da die Arbeiter

schänken Maße benutzbar und da soll sich das Land, das schon so viele Prüfungen durchzumachen hatte, erholen? —

Man muß über die Verblendung der Menschen staunen, die doch mit offenen Augen ganz klar ihre Situation übersehen und zu beurtheilen wissen und doch mit solchem Gleichmuth sich es bieten lassen — „es ist ein Verhängniß, es ist ein Malheur, es ist dies und jenes, was der Himmel uns bescheert und moran wir so schwer zu tragen haben“ so argumentiert man die „Schicksalsschläge“ hinweg, ohne zu bedenken, daß „der Himmel“ vielleicht über diese selbstverschuldeten Dummheiten lacht und sich denkt, ihr verdient's nicht besser, ihr wollt's selbst nicht anders, denn wer sonst als ihr selbst könnt' dem Unfug steuern? — — So ist es hier, so überall und wird so lange bleiben, so lange einige Ehrgeizige, ein Häuflein hochmüthiger Herrchen mit der bloßen Menge thun können, was ihnen beliebt.

Die türkischen Gefangenen, die hier vorbeispiessiren, sind meist Civilisten, Kinder und Greise, die die Russen in den Dörfern bei ihren friedlichen Beschäftigungen überrascht und davon geschleppt haben, um sie zu Hause im Triumph herumzuführen und so ihre Heldenthaten zu dokumentiren.

Sehr würdig benimmt sich das rumänische Publikum nicht bei Anblick dieser armen Gefangenen, ganz anständig gekleidete Leute, also Leute aus der „besseren“ Klasse, strecken ihre Zunge heraus, der und jener macht sich den Spass, den Lärten beim Aussteigen aus den Waggons ein Bein zu stellen, damit sie darüber stolpern und dergleichen Roheiten mehr kann man fast jedesmal bemerken, wenn ein Gefangenenzug zum Bahnhof einfährt.

Correspondenzen.

Gewerke (Elsass-Lothringen), 7. August. Erst jetzt kommt mir die Entgegnung des Herrn Leopold Sonnemann zu Gesicht. Zu meinen Ausführungen „Die Demokratie wie sie scheint und wie sie ist“ gab mir die Polemik zwischen dem „Vorwärts“ und der „Frankfurter Zeitung“ Veranlassung. In meiner Absicht lag es nicht, eine rein geschäftliche Sache zum Gegenstand weiterer Ausführungen zu machen. Hätte ich dieses beabsichtigt, würde ich unser Gewerkschaftsorgan, den „Correspondent“, in Anspruch genommen haben; da aber nun Herr Sonnemann seine Entgegnung lediglich auf den geschäftlichen Theil meiner Correspondenz richtet, sei es auch mir gestattet, detaillirter auf die Sache einzugehen. Zunächst bemerke ich, daß die Erwiderung des Herrn S. mir auf's Neue den Beweis liefert, daß derselbe im großen Ganzen, was Geschäftsführung anbelangt, gar nicht weiß, welche Vorkommnisse sich in der Societätsdruderei abwickeln. Mit einer aus langjähriger Praxis resultirenden polemischen Meisterschaft sucht Herr Leopold Sonnemann meine angeblichen „unwahren Thatfachen“ richtig zu stellen. Wegen wir nun einmal an diese „Richtigstellung“ die Sonde an. 1) giebt Herr S. zu, die Einrichtung betr. Urlaubes zu einer Bade- resp. Erholungsreise getroffen zu haben und sei diese Einrichtung nicht, wie ich behauptet hätte, unausgeführt geblieben. Gegenwärtig hätten zwei Seher u. von dieser Verfügung Gebrauch gemacht. Famos! Vor drei Jahren wurde diese Einrichtung getroffen (d. h. verübt), dann erfolgte jahrelange Grabesruhe hierüber, einige Wirtholde sorgten im Geschäfte dafür, indem sie diese Proklamation zum Gegenstand ihres Spottes machten, daß die ganze Geschichte nicht in Vergessenheit geriet; da erscheint auf einmal eine Correspondenz im „Vorwärts“, welche die Sache auch wieder in das demokratische Gedächtniß des Herrn S. zurückruft. Flugs werden zwei Seher fortgeschickt! Dann wagt Herr S. meine Worte, daß bis jetzt Niemand (d. h. Arbeiter) von einer solchen Reise etwas zu erzählen wüßte, als eine „unwahre Thatfache“ hinzustellen? 2) widerspricht Herr S. der Meinung, die Spar- und Hilfskasse als Lösung eines sozialen Problems angesehen zu haben, und doch kann er es nicht unterlassen, am Schlusse dieses Absatzes die Wunderkraft dieses Instituts zu preisen. Schulze-Dehlig hat es gewiß noch nicht besser fertig gebracht, in so überzeugender Weise klarzulegen, wie man aus armen Arbeitern durch solche Spar- und Hilfskassen Buchdrudereibesitzer macht. Ich könnte übrigens, da Herr S. hierbei in Zeiten zurückgreift, von welchen ich keine Kenntniß habe, hier eine diesbezüg. Stelle aus einer Zuschrift von zwei Kollegen citiren, welche zu dieser Zeit in S.'s Geschäft standen, ich unterlasse das aber, um den Raum des „Vorwärts“ nicht über Gebühr in Anspruch zu nehmen. Doch nun zu den förmlichen 3. Punkt. Also die Schließung der Societät erfolgte zu einer Zeit, als die Lohnbewegung jede gesunde Basis verlassen hatte! Wirklich köstlich, herrlich! Hier spricht der

Bourgeois Sonnemann; der Demokrat — nun ja Demokrat bis an den Geldbeutel! Mit Verlaß die Frage Herr S., ist das Ihre „gesunde Basis“, wenn Sie ohne jede Veranlassung, ohne Steigerung der Arbeitspreise Ihre Annoncen an der Zeitung anstatt früher 7spaltig, 8spaltig machen lassen, und so einen jährlichen Gewinn von verschiedenen Tausend Mark heraus schlagen? Doch betrachten wir uns die Sache einmal bei Nichte. Dem Gehilfenverbande gelang es nach hartnäckigem Kampfe, einen Normaltarif in Deutschland einzuführen. Ich nehme keinen Augenblick Anstand, zu erklären, daß Herr S. bei allen Tarifbewegungen einer der ersten war, welche die Forderungen der Gehilfen acceptirte; so war es auch beim Normaltarif der Fall. Nun enthielt aber der Tarif Bestimmungen, welcher eine Entschädigung für schwer leserliches Manuscript, sowie eine gerechte Verteilung des „Specks“ (Vorteils) forderte. Dies wurde von S. verweigert. Daß also die Angelegenheit nicht so geringfügiger Natur gewesen, wie sie Herr S. versucht darzustellen, beweist das Aussehen fast des ganzen Personals (mit Ausnahme 3 bis 4), die meisten Seher standen schon sehr lange, bis zu 16 Jahre im Geschäft. Es ist also einfach unwahr, wenn Herr S. erklärt, eine „Tarifverletzung“ habe bei ihm niemals stattgefunden. Wenn ich auch annehmen wollte, Herr S. hätte von den flagranten Tarifverletzungen, welche fast allwöchentlich im Geschäfte vorkommen, keine Kenntniß und wollte sie auf das Konto des Faktors setzen, so ist das für Herrn S. keine Entschädigung, da man doch wenigstens verlangen kann, daß er sich, ehe er Thatfachen als „unwahr“ erklärt, erst hätte informieren müssen. Ebenso verhält es sich mit der Erklärung, meine Angabe, daß ein Seher wegen seiner sozialdemokratischen Gesinnung nicht angenommen worden, sei unwahr; die Annahme der Seher liege dem Faktor ob. Der Seher D. Sch. fragte um Condition nach; Abends wurde vom Faktor und seinem Freunde u. der Stab über ihn gebrochen: „den könne man nicht brauchen, daß sei ein Sozialdemokrat.“ Leider ist es mir nicht möglich, hier öffentlich den Zeugen zu nennen, da ich nicht die Condition eines Familienvaters auf's Spiel setzen will. Es ist ja sehr leicht, sich eines „Unselbstamen“ direkt oder indirekt zu entledigen. Ueber Punkt 4 gehe ich hinweg, da sich mit einem Nichtbuchdrucker über denselben nicht rechten läßt. Doch nun zum letzten Punkt. Wenn der Herr S. bemerkt, er hätte eigentlich gar keinen Anlaß, den vom Verbande festgestellten Tarif einzuhalten, so beweist er nur seine Unkenntnis in der Sache. Der Tarif gilt sowohl für Verbands- als auch Nichtverbandsmitglieder und wurde von den beiden Organisationen (Prinzipal- und Gehilfenverband) festgesetzt! Die Einschränkung der Nacharbeit ist die Grundbedingung jeder wahren Humanität, da jede Nacharbeit nachtheilig auf die Gesundheit des Arbeiters einwirkt; ist aber eine solche unumgänglich erforderlich, so ist es nicht mehr als billig, daß hierfür auch eine erhöhte Zahlungsleistung eintritt. Der Tarif hat hierfür seine bestimmte Normen. Wie aber Herr S. dazu kommt, nachdem er selbst zugiebt, daß, sobald Reichthagsstunden 6, andernfalls 8 Arbeiter Nacharbeit haben, dies für keine regelmäßige Nacharbeit zu halten, das begreife wer Lust hat. Es ist nun eine „wissenschaftliche Unwahrheit“, wenn Herr S. seine Weigerung der tarifmäßigen Bezahlung für Nacharbeit darunter zu verdecken sucht, daß in fast allen Drudereien der Vorkaufschlag von 20 auf 10 Proz. herabgesetzt worden wäre. In ganz Frankfurt existirt eine Druderei (Kumpf u. Reiss), wo eine gänzliche, und zwei andere, wo eine nur theilweise 10 Proz. Lohnreduzierung durch eine Aussperrung erzielt wurde. Alles übertrifft aber die Dreistigkeit des Herrn S., den Lesern des „Vorwärts“ glauben zu machen, daß bei 10stündiger Arbeitszeit die Seher einen durchschnittlichen Verdienst von 39 M. 94 Pf. erzielen. Das ist eine Unwahrheit, mit welcher zu jeder Zeit die Prinzipale es trefflich verstanden, das Publikum zu traktiren, wenn die Arbeiter es sich unterstanden, die Arbeitslöhne in Einklang mit den gestiegenen Lebensmitteln und Wohnungen zu bringen. Ein jeder Seherlehrling weiß, daß es eine absolute Unmöglichkeit ist, im glatten Zeitungsgange bei 10 Stunden 39 M. 94 Pf. zu verdienen. Ja, es wird verdient, aber in welcher Zeit? Von einer 10stündigen Arbeitszeit ist in den meisten Zeitungen keine Rede, am allerwenigsten in der „Frankfurter Zeitung“. Die durchschnittliche Arbeitszeit ist eine mindestens 12stündige. Mag sich Herr S. einmal das Vergnügen machen, die Arbeitszeit der Seher Bek., Bm., Hmy. u. zu controliren, er wird dann eine durchschnittliche 15stündige Arbeitszeit herausbekommen. Ueber die verschiedenen unrichtigen Behauptungen, z. B. daß die Arbeitszeit der jourhabenden Seher von 1 Uhr Mittags bis 1 Uhr Nachts daure, bemerke ich, daß dies allerdings „verübt“ worden ist, einestheils aber durch die Schuld der Seher selbst, andernteils aber durch Maßregeln des Faktors wieder vergessen worden ist, so daß jetzt keine Rede

von demselben sein sollte. Nie vorher war die Gelegenheit so günstig, die arbeitenden Massen zu organisiren. Geht dies in größerer Ausdehnung, so ist der große Strike der Beginn einer wirklichen, nie mehr zu belegenden, großen letzten Arbeiter-Revolution. Um dieses um so sicherer zu machen, müssen wir von aller Gewaltanwendung abrathen, welche mehr ist als Nothwehr, müssen wir vielmehr zu möglichst friedlichem Vorgehen einladen.

Glücklicherweise hat die amerikanische Arbeiterwelt auf diesen unsern Rath nicht gewartet, sondern fast überall von selbst in seinem Sinne gehandelt. Indessen sind doch an einigen wenigen Stellen Unordnungen vorgekommen, welche überall hätten vermieden werden können, wo es eine wohlgebildete Sektion der Partei oder eine mit ihr verbundene Gewerkschaft gegeben hätte. Alle lärmenden, die öffentliche Ruhe störenden Vorgänge sind mit der Sache der großen internationalen Arbeiterpartei unvereinbar, ausgenommen im Falle der äußersten Nothwehr, und führen zunächst zu nichts, das von allgemeinem und dauerndem Nutzen sein könnte, wohl aber mögen sie dieser Sache großen Schaden thun, indem sie falsche Vorurtheile gegen dieselbe erwecken. Selbst die wärmste Sympathie, welche unsere Partei mit allen um Dasein und Gleichberechtigung ringenden Arbeitern nährt, darf uns nicht verfahren, anders als im Wege gemeinsamen Berathens, Beschließens und Handelns am hellen Tageslicht vorzugehen und uns von unserer Noth und Leidenschaft zu verzeckelten Auffständen oder nur lärmenden Aufläufen fortzuhalten zu lassen. (Aus dem „Chic. Vorboten“.)

— Seminaristenprache. Während der Revision eines Lehrseminars bemerkte der Revisor, daß eine von den an den Wänden des Speisesaales angeschriebenen Bibelstellen ganz frisch überklebt war und augenscheinlich eine andere Stelle citirte, als vorher. Erkant machte er den Seminarlehrer darauf aufmerksam, und dieser gerieth in nicht geringe Bestürzung, denn die Bibelstelle, die wahrscheinlich ein Seminarist heimlich angeklebt haben mußte, war sehr bedeutungsvoll; sie steht Jesu Strach 31, 13 und lautet: „Und denke nicht, hier ist viel zu fressen.“

— Zu leichtes Brod. Um wie viel besser der Eifer der Polizei angeordnet ist, wenn er sich gegen die Betrüger wendet, statt zum vergeblichen Kulturkampf gegen die Sozialdemokratie, hat sich dieser Tage in Kaufbeuren gezeigt. Bei einer dort vorgenommenen polizeilichen

mehr davon ist, mit der Arbeit um 1 Uhr Mittags anzufangen. Durchschnittlich dauert die Nacharbeit bis 2 Uhr, öfter aber später. Zum Schlusse bemerke ich noch, daß zwei Parteigenossen, welche als Correctoren in der „Frankfurter Zeitung“ fungirten, die Herren Kohleder (jetzt Redakteur des „Zeitgeist“) und Schaumann damals gekündigt wurden, weil sie sich weigerten, ohne Entschädigung Nachdienst zu leisten. In diesen Verhandlungen zwischen gen. Herren und Herrn S. hat letzterer so Manches, was ein scharfes Streiflicht auf seine Arbeiterfreundlichkeit wirft, zu Tage gefördert. Rudolf Doll.

St. Johann, 15. August. Vor dem Zuchtpolizei-Gericht zu Saarbrücken begann heute früh der Prozeß unserer Parteigenossen und Redakteure der „Freien Volksstimme“: Harry Kaulitz und Rudolph Hadenberger. Dieselben hielten vom 8. Juni bis Ende Juli verschiedene Volksversammlungen in den benachbarten Ortschaften Malstatt, Dudweiler, Quierschied, Sulzbach u. s. w. ab, welche alle sehr gut besucht waren. Das verdroß die Gegner zwar sehr, aber die eigentlichen Machinationen begannen doch erst mit dem Erscheinen der „Freien Volksstimme“. Das brachte unsere Gegner aus Rand und Band, und sämtliche sonst gegeneinander sich anfeindenden Parteien verschworen sich, dem frechen Eindringling jedes Terrain streitig zu machen. Doch waren alle ihre Anstrengungen vergeblich, denn die „Freie Volksstimme“ hatte schon bei der zweiten Nummer eine Auflage von 1000 Exemplaren und versprach riesig zu wachsen. Hier half kein anderes Mittel, um sich des sehr unbedeutenen Gegners zu entledigen, als die Verhaftung der beiden Redakteure. Kaulitz wurde am 11. Juli Vormittags 10 Uhr auf Grund eines Verhaftsbefehls wegen Vergehens gegen die §§ 110, 130, 131, 185 und 187 d. R.-S.-G.-B. in der Expedition der „Freien Volksstimme“ verhaftet und in das Kantonal-Gefängniß zu Saarbrücken als Untersuchungs-Gefangener abgeführt. Hadenberger wurde bei Abhaltung einer Volksversammlung in Malstatt wegen Aufreizung gegen die Staatsgewalt ebenfalls verhaftet und in dasselbe Gefängniß abgeführt. — Die des Genossen Kaulitz zur Last gelegten Vergehen bestanden in Folgendem: Aufreizung zum Widerstande gegen die Staatsgewalt, Gefährdung des öffentlichen Friedens, Verpötlungen resp. Verhöhnungen der Anordnungen der Obrigkeit und Beleidigungen von Beamten und Privatpersonen (Fabrikanten); der Staatsanwalt hatte 27 Zeugen, fast nur Beamte, wie der Landrath, Bürgermeister, Secretäre, Gensdarmen, Polizisten u. s. w. laden lassen; die beiden Angeklagten leisteten auf den Beistand eines Advokaten sowie Ladung der Schutzzeugen aus einer mir unerklärlichen Ursache Verzicht. In der heutigen Sitzung kamen zuerst die Zeugen, welche bei den beiden Versammlungen, den 16. und 23. Juni, in Malstatt zugegen waren, zur Vernehmung. Beide, Kaulitz und Hadenberger, hatten dort gesprochen, und zwar über das eherne Lohngesetz, die hohen Steuern, sowie die schon längst verpulverten Milliarden, gewiß ein sehr mißliebige Thema für die Staatsbehörde; sodann folgte der Bericht des Bergassessor Haglader, Redakteur des „Bergmanns Freund“, über eine zu Quierschied am 6. Juli von Kaulitz abgehaltene und von Parteigenossen Edrich von hier geleitete Versammlung. — Gleich am Eingange seiner Rede soll Genosse Kaulitz folgende Worte an die Versammlung gerichtet haben: „Freunde, Arbeiter! Tretet in die Bataillone der Revolution! Schaart euch mit mir unter die rothe Fahne!“ Ferner: „Der Krieg von 1870 wäre dadurch heraufbeschworen worden, daß man dem deutschen Volke die Beleidigung des Königs in Ems vorgezwängt habe.“ Auch schien die Aeußerung: „Nieder mit den Palästen!“ den Fabrikanten und Geldwänsen, sowie auch den höheren Berg- und Eisenbahn-Beamten eine unangenehme Eingebildung zu haben. Natürlich wurden alle die Aeußerungen auf's schärfste aufgefaßt; natürlich doch der Commissar von Sulzbach erwähnt, das Volk wäre nach der Versammlung so erbittert und aufgeregter gewesen, daß an eine Verhaftung des betr. Kaulitz nicht gedacht werden konnte, sonst hätte es blutige Köpfe gegeben. Nachdem noch drei Beamte den aufreizenden Charakter der Quierschieder Reden bezugt, folgte noch die Verlesung eines Verichts des liberalen Leibsteno-graphen Rösch über eine in St. Johann am 8. Juli abgehaltene Volksversammlung. Hadenberger und Kaulitz als Einberufer sprachen u. A. von Personen, welche mit den Kermeln das Zuchthaus gestreift hätten, sowie auch über die Ausbeutung der Arbeiter durch den Fiskus und die Fabrikanten. Das Stenogramm, welches Genosse Hadenberger und Kaulitz als fehler- und lächerhaft bezeichnet, wurde von dem Steno-graphen Rösch aufrecht erhalten. — Mit diesen Zeugenvernehmungen wurden die Verhandlungen Nachmittags halb 2 Uhr geschlossen. Fortsetzung morgen.

16. August. Den Anfang der heutigen Verhandlung bildete die weitere Verlesung des stenographischen Verichts der am

der Nation in dem Vorgee geeinigt sind, die bestehenden und bedrückenden geistlichen Einrichtungen abzuändern, sind sie allmächtig. Soviel also sollten doch die Herren wissen, daß das Volk hierzulande sein eigener Herrmann ist, und daß sie nicht auf europäische Weise Gewalt gegen Volksrecht ausüben können; daß sie vielmehr, indem sie den Herrmann durch bewaffnete Einschüchterungsversuche gegenüber großen Volksmassen entfernen, unabsehbare revolutionäre Ereignisse heraufbeschwören. Dieser kapitalistischen Sympathie hat es gar zu gut gefallen, wie die Volksbewegung der Commune von Paris mit blutiger Gewalt unterdrückt wurde; sie hat sich offenbar den Augenblick herbeigesehnt, da man hierzulande die Allmacht des Kapitals mit Blut kaufen könne; und darüber hat sie in ihrer Verblendung ganz übersehen, daß die französische Bourgeoisie mit der Volksbewegung in Paris nur unter mächtiger Beihilfe der deutschen Heere fertig werden konnte. Obwohl der Ton der großen kapitalistischen Tagespresse sehr herabgestimmt ist, so wagen es doch immer noch einzelne Blätter, auf die gegen die Pariser Commune beliebten Maßregeln als Muster hinzuweisen und einander „durch Pfeifen Rath einzusprechen“. Wir sind den Herren sehr erkenntlich dafür, daß sie zu früh das arbeitende Volk haben in ihre Karten blicken lassen. Die amerikanische Arbeiterwelt wird sich den Versuch des Kapitals, europäische Klassenherrschaft einzuführen, wohl merken!

Sie wird auch aus ihrem theilweisen Erfolge die Herwegh'schen Worte beherzigen lernen: „Volk der Arbeit, aufgewacht und erkenne Deine Macht! Alle Räber stehen still, wenn Dein starker Arm es will!“ Auch die Arbeiter Europas werden sich durch die Nachricht von unserer Volksbewegung ermutigt fühlen. Sie wird ihnen ein weiterer Leuzbote sein, der den baldigen großen Völkerrückgang ankündigt.

Allein der große Strike lehrt uns, daß jetzt unsere Zeit zur allertätigsten Ausbreitung unserer Organisation gekommen ist und auf das Nachdrücklichste benutzt werden sollte. Es wäre doch blutwenig Gewinn aus einer so überaus weithin erweckten Sympathie für die Sache der Arbeit, aus so vielen Opfern Rehnstausender von Ausständigen und aus all dem gesonnenen unschuldigen Blut und zerstücktem Gute, wenn es bei der Zurücknahme der zehnprozentigen Lohnkürzung der Bahnarbeiter und dergleichen kleinen, vielleicht hinfalligen Errungenschaften sein

Visitation des Brodes wurde eine große Anzahl Bäcker zur Anzeige gebracht, welche durch Verkauf minderwertiger Waare das Publikum betrogen hätten. Die betreffenden spezialbürgerlichen Herren vom Stadtrath sind selbstverständlich lauter liberale und ultramontane Kulturkämpfer, die das „Eigenthum“ gegen die Sozialisten verteidigen.

An unsere Brüder in der alten Heimath.

Melodie: Zieht im Herbst die Lerche fort.

Zieht nicht aus der Heimath fort,
Drückt die Noth auch schwer,
Seid ihr hier am fremden Ort,
Drückt sie noch viel mehr!
Lug und Trug ist, was man hier
Noch von Freiheit spricht,
: Noth Bittel hat man wohl,
Freiheit hat man nicht! :

Nur der Geldsack ist geschützt
Hier auf seinem Thron,
Seine Macht er täglich nützt,
Allem Recht zum Hohn.
Hast du Hunger, laßt er dir
Höhnisch in's Gesicht:
: „Blane Bohnen geb' ich wohl,
Brod doch geb' ich nicht! :

Bruder traut dem Bruder kaum,
Alles ist sich feind
Und es ist für keinen Raum,
Der es ehrlich meint.
Selbst die Presse hat verkannt
Immer ihre Pflicht,
: Menschenhändlern dient sie wohl,
Wahrheit liebt sie nicht! :

Regt es in der Heimath sich,
Kehren wir zurück,
Kämpfen mit euch brüderlich
Für des Volkes Glück;
Denn vergeblich ist hier doch
Was man schreibt und spricht,
: Göpdiener giebt's hier wohl,
Freiheitskämpfer nicht! :

Kustav Luser.
(Aus dem „Chic. Vorboten“.)

8. Juli zu St. Johann gewesenen Volksversammlung. In dieser Versammlung soll Hadenberger den geringen Lohn der Fabrikarbeiterinnen erwähnt haben, wodurch dieselben, da der besagte Lohn zum nothdürftigen Lebensunterhalt nicht hinreichte, dem Laster in die Arme fallen müssen. Der Präsident bemerkte hierbei, daß die meisten Fabrikmädchen noch ihre Eltern haben und dieselben einen Verdienst von auch nur 1 Mark als eine nicht zu verachtende Unterstützung betrachteten. Nachdem einige Zeugen (Beamten) den „aufreizenden“ Charakter der Rede nochmals bestätigt hätten, entwickelte sich eine kleine, aber lebhaft debattirte zwischen Genosse Hadenberger, Staatsanwalt und Maschinenmeister Repilly, die wir aber übergehen wollen. Nachdem die Verlesung des stenographischen Berichtes über die letzte in Walsatt stattgefundene Volksversammlung, in welcher Hadenberger durch den Landrath verhaftet wurde, beendet war, kamen noch verschiedene Artikel der „Freien Volksstimme“ zum Vortrag, in welchen theils Verstöße gegen das Gesetz, theils Beamtenbeleidigungen enthalten sind. Hieran, eine theils Beamtentätigkeit, nach deren Verlaß der Vertreter des öffentlichen Ministeriums (Staatsanwalt) das Wort ergriff. Derselbe hält mit Uebergehung aller Details sämtliche Anklagen aufrecht und beantragt für jeden der Angeklagten 3 Jahre Gefängniß. — Hadenberger und Kautz haben in ihrer Verteidigungsrede auf das Auditorium einen sehr günstigen Eindruck gemacht, sie widerlegten sämtliche Vorwürfe und verlangten beide, hauptsächlich Kautz, welcher den Vorwurf machte, daß er nicht freigesprochen werden würde, unparteiische Gerechtigkeit. Hadenberger verlangte in einer längeren Rede ebenfalls nur Gerechtigkeit, beantragte aber Freisprechung. Die Publikation des Urtheils wurde auf morgen vertagt und lautete, wie den Lesern des „Vorwärts“ bekannt ist, gegen beide Parteigenossen auf 2 1/2 Jahr Gefängniß, Tragung der sämtlichen Kosten und Einrückung des Urtheils in die „Freie Volksstimme“.

Hann. Seit langer Zeit ist von hier kein Bericht an den „Vorwärts“ eingegangen, doch die letzten Vorgänge nöthigen mich, mit wenigen Worten derselben zu gedenken. Die Gewerkschaft der Schneider hielt vom 12.—16. August ihre Generalversammlung hier ab. Ziemlich alle Delegirte trafen am 11. bereits ein, und war von den hiesigen Genossen die Begrüßung verknüpft mit einer Abendunterhaltung in der „Reichskrone“ veranstaltet, wozu sich die Arbeiter Hannas gleichfalls zahlreich eingefunden hatten. Der Gesangverein „Sängerkreis“ sowie mehrere Genossen boten Alles auf, daß der Abend in höchst unterhaltender und gemüthlicher Weise verlief. Am 12. um 11 Uhr wurde die Generalversammlung durch den Vorsitzenden des Comités eröffnet, nachdem Herr Kley (Gießen) eine kurze Ansprache gehalten, ward die vorläufige Leitung dem Alterspräsidenten Herrn Raasch (Berlin) übertragen. Nach Erledigung der nöthigen Vorfragen erstattet die Commission zur Prüfung der Mandate Bericht: Es sind 33 Delegirte anwesend, die 53 Orte mit 2025 Mitgliedern vertreten, welche Krankenkasse ist mit 1029 Mitglieder vertreten, welche letztere Zahlen sich noch um etwas vermehrt, da noch einige Mandate später eintrafen. Daraus findet die Wahl des Bureau's statt. Stuhl (Dresden) wurde als Vorsitzender gewählt. Um jedoch den Raum nicht zu sehr in Anspruch zu nehmen, will ich nicht alle Einzelheiten erwähnen, sondern mich auf das Nothwendigste beschränken. Die Hauptpunkte der Tagesordnung sind die Agitation, das Fachorgan, welches vom 1. Oktober d. J. in vergrößertem Format erscheint, und das Unterstützungswesen. Der Kassenbericht ergiebt als Gesamteinnahme Mkr. 7046,18; Ausgabe Mkr. 4410,59; Bestand Mkr. 2635,19. Sterbegeld wurden Mkr. 828, Reiseunterstützung Mkr. 454,86 ausgezahlt. Gleich günstig stellte sich der Bericht der Krankenkasse, wo aus der Hauptkasse allein über 2500 Mkr. als Zuschüsse nach den verschiedenen Orten ausgezahlt wurden. Die Generalversammlung verlief in sehr würdiger Weise und lag den Verhandlungen eine Einheit und Klarheit in allen prinzipiellen Fragen zu Grunde, die mit Eifer betrieben, einen sehr günstigen Eindruck machten und zu den besten Hoffnungen berechtigten. Sicherlich wird diese Versammlung allen hiesigen Genossen, sowie sämtlichen Delegirten noch lange eine schöne Erinnerung und ein Sporn zur erneuten Thätigkeit sein. Allen Schneidergehilfen und Kleinmeistern rufe ich hierauf zu: Tretet dem Vereine bei.

Kurz erwähnen will ich noch, daß am Sonntag Nachmittag 5 Uhr ein Ausflug mit Musik und Fahne durch die Stadt nach der „Rosenau“ und am Montag Abend eine Volksversammlung stattfand. Die Betheiligung war massenhaft. In der Volksversammlung sprach Herr Kley aus Gießen über „Die menschliche Gesellschaft“ und erledigte sein Thema in einem einständigen Vortrage zu aller Zufriedenheit. Mehrere Delegirte betheiligten sich an der Debatte.

Hannover. (Aus dem Leben eines Bahnwärters.) Vor einiger Zeit stand im „Vorwärts“ ein Artikel, enthaltend eine Rede des Herrn Abgeordneten Meyer-Arnswalde, gehalten am 11. Januar 1877. In diesem Artikel nun ist die Behauptung des Herrn Abgeordneten angeführt, ein invalider Beamter käme mit einer Pension von 27 Mark monatlich recht gut aus. Es widerlegt sich diese Behauptung zwar schon von selbst, ihre Abgeschmacktheit aber wird erst recht erwiesen durch folgende wahrheitsgetreue Schilderung des Looses eines Bahnwärters. Als ein Bahnwärter in Bielefeld, Vater von drei Kindern, wovon das jüngste circa 5 Jahre alt, war durch die großen Anstrengungen des Dienstes kurzfristig geworden und beantragte deshalb seine Pensionierung. Diese wurde ihm endlich auch gewährt und zwar im Betrage von 80 Thalern jährlich. Als ich die Wohnung dieses Mannes betrat, glaubte ich mich eher in der Hütte eines Indianers als in der Wohnung eines Beamten zu befinden. Die älteste Tochter des Bahnwärters, die früher bei mir in Dienst stand, war nicht anwesend, auch seine zweite Tochter nicht, nur das kleinste Kind lauerte in einem Winkel des Loches, starrend von Schmutz, die Augen ganz entzündet, jedenfalls von dem fortwährenden Rauche der Lokomotiven herrührend. Das Möblement bestand aus zwei Schemeln und einem Fragment von Sopha, auf dem das Kind saß. Ohne zu übertreiben, bestand das Sopha nur aus dem Gestell, mit einigen Stücken Gurten überspannt, und darüber ein zerfetztes Laken gebreitet. Weitere Möbel waren nicht vorhanden, auch war von Kammer und Küche nicht die Rede. Diese elende Hütte stellte eben die ganze Wohnung der Familie vor. Endlich erschien auch die Frau, eine große hagere Gestalt, die einer lebenden Leiche glich, so hatte die Sorge und die Entbehrung die Aermste abgezehrt! Auf meine Frage, wo ihr Mann sei, antwortete sie, derselbe stehe beim Fürsten im Tageslohn, um dessen Garten umzugraben gegen einen Gehalt von 75 Pfg. pro Tag! Wirklich ein Heidenlohn! Mit dieser lächerlichen Summe anzukommen ist geradezu unmöglich. Die elende Hütte allein kostet jährlich zwölf Thaler.

Was hat nun gegenüber solchen schreienden Thatsachen die Behauptung des Herrn Meyer-Arnswalde für einen Werth? Und was hat das Volk überhaupt von einem Abgeordneten zu erwarten, der dreist genug ist, es auszusprechen, daß ein in-

valider Beamter mit 27 Mark monatlich recht gut auskommen könne?

Graz (Steiermark), 6. August. Noch nie habe ich etwas von der „ersten österreichischen Pensionisten-Residenz“ Graz im „Vorwärts“ gelesen, und so will ich denn das Versäumte nachholen. In erster Linie muß ich auf die Sozialistenhege, welche in Oesterreich in der tollsten und unverschämtesten Weise betrieben wird, hinweisen. Nicht genug, daß die Arbeiterblätter fast regelmäßig confiszirt werden, confiszirt man häufig auch deren Redakteure, und es wird wohl nicht lange dauern, so wird man auch die Leser der Parteiblätter wegen „sozialistischer Intrigue“ sechs Monate in Unterjuchungshaft nehmen. Ja selbst Aufsätze, welche man vor 5—10 Jahren ganz unbeanstandet drucken konnte, werden heute für „staatsgefährlich“ erklärt. Wahrhaftig ein trauriger Zustand, der dringend der Abhilfe bedarf. Einen Beweis, in welcher gemeiner Weise österreichische Sozialisten verfolgt werden, liefert z. B. folgender Vorfall. Ein hiesiger Parteigenosse bezog direkt von Leipzig öfter Broschüren, ließ auch, wenn ihn Jemand darum ersuchte, für andere Parteigenossen welche mitkommen, was nach unserem sehr reaktionären Aberglauben nichts „Staatsgefährliches“ einschließt. Nun wollte aber das Schicksal, daß in der Expedition des „Volksstaat“ die Adresse des betreffenden Parteigenossen mit einer solchen in Deutschland verwechselt wurde, und ein an den Parteigenossen in Deutschland abzusendendes Paket nach Graz gesandt wurde. In demselben befanden sich 200 Exemplare der „Agitationsnummer“ des „Volksstaat“ und andere Schriften. Unser Parteigenosse, überrascht durch eine Sendung, welche er nicht zu erwarten hatte, sandte sofort auf das Postamt, um das ihm zugesandte Paket abzuholen. Doch was mußte er erfahren? Er bekam das Paket nicht ausgefolgt, sondern man sagte ihm, daß dasselbe voreinst der Statthalterei vorgelegt werden müsse. Unser Parteigenosse, wohl wissend, daß von dort nichts Gutes kommt, zog es jedoch vor, auf die ihm zugebachtete Sendung Verzicht zu leisten und dieselbe der Statthalterei zu überlassen. Doch diese wollte von einem Sozialdemokraten kein Geschenk annehmen und wollte es durchaus an unseren Parteigenossen wieder abtreten. Da derselbe nichts bestellt hatte, da ihn ferner ein Schreiben der Expedition in Kenntniß setzte, daß diese Sendung nicht sein Eigenthum, er sie vielmehr an den Aufgeber retour zu senden habe, so konnte derselbe diese Sendung selbstverständlich nicht als sein Eigenthum erklären. Die Statthalterei wollte das aber dennoch, und als unser Parteigenosse hartnäckig das Eigenthumsrecht ablehnte, wurde er wegen Uebertretung des § 23 des Preßgesetzes (unbefugte Colportage) zwar angeklagt, aber nach Lage der Sache freigesprochen. Der Vertreter der Staatsanwaltschaft war jedoch mit diesem Urtheile nicht zufrieden und meldete die Verurteilung an. Es fanden darüber zwei weitere Verhandlungen statt, welche jedoch vertagt wurden, da der Parteigenosse, welcher in dem erwähnten Briefe genannt war, nicht gefunden werden konnte. Endlich bei der dritten Appellverhandlung stellte es sich heraus, daß diese verhängnisvolle Sendung nicht Eigenthum unseres Parteigenossen sei, daß sie vielmehr das Eigenthum eines Parteigenossen in Grimnitzau ist, und mußte das Richtercollegium abermals auf Freisprechung erkennen. Zu erwähnen ist noch, daß die genannte Sendung im Juli vorigen Jahres anlangte; die erste Verhandlung fand im November v. J., die zweite im Januar, die dritte im März und die vierte im Juli l. J. statt. Also befand sich diese Sendung ein volles Jahr in den Händen der österreichischen Behörden. Hoffentlich werden diese die dem österreichischen Staate so „gefährlichen“ Schriften als „Portofreie Dienstsache“ dem Aufgeber übermittelt haben.

Halle. Diejenigen Genossen, welche Beträge zur Litteraria gezeichnet, aber noch im Rückstande sind, fordere ich auf, dieselben nunmehr einzuzahlen. Ferner befinden sich in Händen der Genossen Oberhäuser, Kapfer, Gröger, Bloßfeld und Viehl noch Sammelisten. Dieselben müssen zurückgegeben werden, da in nächsten Tagen neue herumgehen sollen.

Zur Beachtung

für die Antkeilschein-Beizner der Genossenschafts-Buchdruckerei zu Kiel (eingetragene Genossenschaft).

In den letzten Tagen sind mehrere Anfragen an mich gerichtet, worum ich nicht Statuten und Interimscheine an diejenigen, die gezeichnet haben, sende.

Hierzu bemerke ich: Statuten für alle Mitglieder können nicht eher gedruckt und versandt werden, ehe nicht das Handelsgericht zu Kiel die dazugehörige eingereichte Vorlage genehmigt hat. — Würden wir jetzt schon laufende von den Statuten drucken lassen und das Handelsgericht machte einige Aenderungen, was nicht zu den Unmöglichkeiten gehört, so wäre die so bedeutende Geldausgabe umsonst gemacht; es müßte neu gemacht werden. — Ferner können Interimscheine erst dann an die Mitglieder gesandt werden, wenn dieselben Voll- oder Ratenzahlungen gemacht haben, weil die betreffende Summe auf dem Interimschein, sowie der Name des Mitgliedes und die Nummer verzeichnet werden muß, es ist also nicht möglich, den Interimschein unausgefüllt zu versenden. Dazu kommt noch, daß dann auch die Bücher nicht geordnet werden können. Ich ersuche nun die Mitglieder der Genossenschafts-Buchdruckerei (e. G.), an allen Orten Schleswig-Holsteins einen Vertrauensmann aus ihrer Mitte zu ernennen, dem sie das Geld für die Antkeilscheine anvertrauen; dieser führt eine doppelte Liste über diejenigen, die bezahlt haben und darüber, wie viel Jeder entrichtet hat, und ob es für einen oder mehrere Anttheile bestimmt ist. Eine von den Listen sendet mir der Vertrauensmann nebst der Gesamtsumme ein; ich trage dies in's Buch ein, schreibe Interimscheine aus und sende dieselben zurück. Die Interimscheine werden später gegen Antkeilscheine, die, beiläufig bemerkt, auch schon im Druck sich befinden, umgetauscht; aber nur auf voll eingezahlte Anttheile werden später Antkeilscheine ausgestellt; so lange Mitglieder Ratenzahlungen leisten, werden Interimscheine für sie ausgegeben. — Ich bitte dies zu beherzigen und in nächster Zeit nur so vorzugehen zu wollen, wie ich es oben angedeutet habe, damit vom 6. September ab die Gelder aus allen noch fehlenden Orten nach Kiel an G. Walther, Holstenstraße 14, gesandt werden können.

Am 5. September nämlich übersiedle ich nach Kiel, um alldort die Geschäfte der Genossenschaft zu leiten.

Nach Altona bitte ich keine Geldsendungen mehr zu richten, da ich vom 20. August bis 2. September auf Agitation bin.

Mit Gruß G. Walther.

Aufruf

an die Parteigenossen des 9. hannoverschen Wahlkreises (Hameln). Vor einiger Zeit haben die Parteigenossen resp. der Sozialdemokratische Wahlverein hieselbst den Parteigenossen Cigarrenarbeiter Ernst August Heinrich Reister aus Hannover als Arbeiterkandidaten zur Neuwahl für den 9. hannoverschen Wahlkreis zum deutschen Reichstag aufgestellt, und ist derselbe in allen nach der Zeit stattgefundenen Volksversammlungen als solcher fast einstimmig anerkannt worden. Wir haben nun deshalb, um auf denselben eine größere Stimmenzahl zu vereinigen als am 10. Januar, Alles gethan, was wir vermochten. Der sozialdemokratische Wahlverein hier, welcher erst in diesem Jahre entstanden ist, vermag die Kosten, welche bei einem solchen Wahlkampfe aufgebracht werden müssen, nicht herbeizuschaffen. Wir fordern deshalb alle Parteigenossen dringend auf, ihre volle Pflicht und Schuldigkeit zu thun und nicht zu vergeßen, daß wir den Liberalismus und Partisa-

larismus zu unseren Gegnern haben. Tretet Alle muthig ein in den Wahlkampf und seht am 12. September keiner an der Wahlurne! Mit sozialdemokratischem Gruß

Das Arbeiter-Wahlcomité.
NB. Briefe und Gelder sind zu senden an G. Reichenbach zu Zimmer bei Hannover. Diejenigen Parteigenossen von Hannover und Linden, welche bei der Vertheilung von Stimmzetteln behilflich sein wollen, werden gebeten, sich Freitag, den 24. August, Abends 8 Uhr, im Vereinslokal bei Hrn. Hengstmann in Zimmer einzufinden.

An die Parteigenossen in Thüringen.

Genossen! Um Plan und Regelmäßigkeit in die Agitation zu bringen, ist es nothwendig, daß seitens der Genossen verschiedener Städte in Thüringen eine Besprechung stattfindet. Im Einverständnis mit den Genossen in Weimar und Apolda berufe ich zu diesem Zweck für Sonntag, den 26. August, Mittags 1 Uhr, in Klein's Lokal, am Bahnhof in Weimar, eine Konferenz ein und bitte die Genossen Thüringens, recht zahlreich auf derselben zu erscheinen.

Leipzig, den 21. August 1877.
Mit Gruß und Handschlag
Fr. Hauert, Frankfurter Str. 31.

Briefkasten

der Redaktion. H. B. in Weiz: Sie thun gut, die Kasse schon jetzt dem Hilfskassengeze anzupassen, da vom Jahre 1884 an jeder Arbeiter verpflichtet ist, einer eingeschriebenen Hilfskasse anzugehören, gleichviel ob er schon Mitglied einer anderen Kasse ist oder nicht. Thun Sie das nicht, so ist an ein Fortbestehen Ihrer Kasse nach 1884 gar nicht zu denken, da man dem Arbeiter im Allgemeinen nicht zumuthen kann, Mitglied zweier Kassen zu sein.

Fr. Stöcker, früher in Altona, wird ersucht, seine Adresse einzusenden an W. Paschburg, Angerstraße 74 2. Etage, Altona.

Fonds für Gemahregelte.

Ueberschuß der Volksverf. in Plagwitz durch Quengel 44,67. Arb.-Ver. Reudnitz 10,00. Arb.-Ver. Plagwitz 1,45.

Annoucen für die Mittwoch-Nummer müssen bis Montag Vormittags 9 Uhr; für die Freitag-Nummer bis Mittwoch-Vormittags 9 Uhr; für die Sonntags-Nummer bis Freitag-Vormittags 9 Uhr hier sein, wenn solche noch bestimmt Aufnahme finden sollen. Annoucen, denen der Betrag nicht beiliegt, oder für welche der Einsender kein Depot bei uns hat, können eine Aufnahme nicht finden.

Die Expedition des „Vorwärts“.

Hannover. Sonntag, den 26. August, im „Parkhaus“ vor Herrenhausen:

Stiftungsfest der vereinigten Schuhmacher bestehend in Concert und Ball. Festkarten à 80 Pf., Concert 30 Pf. sind bei Herrn Wietgrefe, Mittelstrasse 11, zu haben. Freuden- und Gönner ladet freundlichst ein (F 160) [240 Anfang 4 Uhr. Das Fest-Comité.

Hannover. Sonnabend, den 25. August, Abends 8 1/2 Uhr: (F. 169)

Große Volksversammlung

in den Sälen des Hrn. Rarten. Tagesordnung: Der 2. September und dessen Bedeutung für das deutsche Volk vom Standpunkte der Sozialdemokratie. Referent Herr Praast aus Hamburg. [1,20 G. Rudolph.

Kreis Offenbach-Dieburg. Sonntag, 26. Aug., Berg bei Offenbach: Großes Wahlfest. Concert und Feste. Die Feste hält der Reichstagsabgeordnete Wihl. Liebkecht. [2,10 Freunde u. Gönner sind höchlich eingeladen. Beginn der Aufstellung des Festzuges um 1 Uhr Mittags, Abmarsch 1/2 2 Uhr. (F. 240) Entrée 20 Pfg. Damen frei. Das Comité.

Leipzig u. Umgegend. Gewerkschafts-Krankenkasse der Metallarbeiter.

Sonnabend, den 25. August, Abends 8 Uhr: Versammlung bei Renzel, Ländchenweg und kurze Straße-Ecke. Tagesordnung: Die Wahrheitsliebe des Herrn Söhrer, Geschäftsführer der Metallarbeiter-Gewerkschaftsgenossenschaft, und der Artikel in Nr. 96 des „Vorwärts“. Zahlreiches Erscheinen wird erwartet, Aufnahme neuer Mitglieder. Gäste willkommen. [80

Handelsrichterliche Bekanntmachung.

Nachstehende Firma: Fol. 5 des Genossenschaftsregisters. Allgemeine Anhaltische Associations-Buchdruckerei, eingetragene Genossenschaft, hat ihren Sitz in Bernburg. Begründet auf Grund des Gesellschaftsvertrages vom 20., 26. resp. 28. Juli 1877 und als solche unterm heutigen Tage eingetragen.

Eine bestimmte Zeitdauer der Genossenschaft ist im Gesellschaftsvertrage nicht enthalten, dieselbe soll vielmehr abgehen von den Fällen des Concurses oder den sonstigen gesetzlichen Auflösungsgründe für aufgelöst gelten, wenn in einer zu diesem Zwecke berufenen Generalversammlung drei Viertel aller in derselben vorhandenen gültigen Stimmen für die Auflösung abgegeben werden.

Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb des Pflanzgewerbes, namentlich Zeitungsverlag verbunden mit Buchhandel.

Derzeitiger auf die Dauer eines Jahres gewählter Vorstand: 1) Schriftführer Wilhelm Richter in Bernburg, erster Disponent; 2) Arbeiter Carl Polky in Bernburg, zweiter Disponent; 3) Kaiser Rudolph Guth in Bernburg, Kassirer.

Zur rechtsverbindlichen Zeichnung ist die Unterschrift des Kassirers und wenigstens eines Disponenten erforderlich, welche ihre Namensunterschrift der Firma hinzuzufügen haben.

Form der Bekanntmachung. Alle nach dem Gesellschaftsvertrage erforderlichen Aufforderungen, Einladungen, Bekanntmachungen erfolgen in der zu Bernburg erscheinenden Zeitung „Anhaltischer Volksfreund“ und in der zu Leipzig erscheinenden Zeitung „Vorwärts“ und sind damit für alle Theile rechtsverbindlich.

Das Verzeichniß der Genossenschaftler kann jederzeit beim unterzeichneten Handelsrichter eingesehen werden.

Ich laut Besorgung vom heutigen Tage in das hiesige Genossenschaftsregister eingetragen worden.

Bernburg, den 18. August 1877. [11,10

Derzogl. Anhalt. Kreisgericht. Der Handelsrichter. Magländer. Hoffmann.

Wir empfehlen unsere Beilage zur „Neuen Welt“ Nr. 20, enthaltend:

Karten vom russisch-türkischen Kriegsschauplatz.

Preis pro Stück 10 Pfg. In Partien billiger.

Leipzig. Die Expedition der „Neuen Welt“, Färberstr. 12. II.

Verantwortlicher Redakteur: Hermann Helbig in Reudnitz-Leipzig. Nebst dem Expedition-Farbverlag 12/II in Leipzig. Druck und Verlag des Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.